

Detmolder Erklärung gegen Fracking

Die Bezirkskonferenz Naturschutz OWL lehnt Fracking zur Förderung von Kohlenwasserstoffen grundsätzlich ab, selbst dann, wenn es ohne den Einsatz umwelttoxischer Chemikalien durchgeführt werden könnte. Sie wendet sich an die Bezirksregierung Detmold und die Kreise, Städte und Gemeinden in der Region Ostwestfalen-Lippe, deren Gebiet sich in einem der Aufsuchungsfelder befindet, für das die Aufsuchungserlaubnis 2014 oder 2015 ausläuft.

Es geht dabei um die Aufsuchungsfelder HERFORD, NORDRHEIN WESTFALEN NORD, ADLER, FALKE und MINDEN.

Für das Feld HERFORD hat die Bergbehörde in Arnsberg zunächst eine Verlängerung bis zum 29.7.14 ausgesprochen.

Für das Feld NORDRHEIN WESTFALEN NORD, das mit 6.616 Quadratkilometern beinahe 20 % der Landesfläche NRW umfasst, ist die Konzession bis zum 13.9.2014 für zunächst um 6 Monate verlängert worden. Allen betroffenen Kreisen, Städten und Gemeinden hat die Behörde die Möglichkeit gegeben, bis zum 15.6.2014 Stellung zu nehmen, bevor eine weitere Verlängerung um dann 2,5 Jahre ausgesprochen wird. Rechtsinhaber ist auch hier u. a. ExxonMobil.

Für die südlich davon gelegenen Felder FALKE und ADLER läuft die Konzession am 25.11. bzw. 3.12.2014 aus. Für sie ist noch keine Verlängerung ausgesprochen worden. Rechtsinhaber war zunächst der kanadische Konzern BNK, aktuell ist es Falke bzw. Adler Hydrocarbons GmbH.

Für das Feld MINDEN läuft die Aufsuchungsberechtigung erst im nächsten Jahr am 8.5.2015 ab. Rechtsinhaber ist hier wieder u. a. ExxonMobil.

Wir fordern alle betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden sowie alle Träger öffentlicher Belange in Ostwestfalen auf, sich gegen eine Verlängerung, Übertragung oder Neuvergabe der Aufsuchungserlaubnisse zur Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten zu wenden und dies gegenüber der Bergbehörde in Arnsberg in einer förmlichen Stellungnahme rechtskräftig zu begründen.

Unsere Gesundheits- und Touristikregion Ostwestfalen mit

- weit verbreiteten Siedlungsflächen,
- hochwertigen Wasserressourcen im Grundwasser von bester Trinkwasserqualität,
- Seen, Stauseen oder Fließgewässern, die zur Trinkwassernutzung genutzt werden,
- vielen hochwertigen Mineral-, Heilwasser- und Thermalquellen,
- einem besonders schützenswerten Naturraum, z. T. als FFH- und Vogelschutzgebiet unter europäischem Naturschutzrecht,
- einer großen Zahl von Natur- und Landschaftsschutzgebieten
- wertvollen Waldbeständen im Flachland wie im Mittelgebirge,
- Naturparks mit einmaligen Naturdenkmälern,
- Flüssen und Seen von besonderer Eigenart und Schutzbedürftigkeit wie beispielsweise die Karstgewässer im Paderborner Land,
- wertvollen Ackerflächen,
- einer Vielzahl von Kulturdenkmälern

ist für Fracking nicht geeignet.

Es ist nicht hinnehmbar, dass unsere Region gefährdet und geschädigt wird durch

- die ungehinderte Nutzung unserer Infrastruktur,
- den Verbrauch von vielen Millionen Liter Wasser aus dem Grundwasserspeicher,
- die Nutzung unserer Straßen und Brücken durch Schwerlastverkehr rund um die Uhr,
- das Abfackeln von Gasen mit einer Gesundheitsgefährdung der Menschen,
- Austritt von Methan in die Atmosphäre durch Leckage,
- ggf. zu erwartende Erdbeben und Bodensenkungen,
- ungelöste Entsorgungsprobleme für das flowback mit Lagerstättenwasser.

Durch Fracking gewonnenes Erdgas ist in ein Klimakiller, in seiner gesamten Klimabilanz ist es schädlicher als moderne Braunkohlenkraftwerke. Es kann kein Brückenbrennstoff in Zeiten der Krimkrise sein. Es bremst nur die Energiewende aus.

Wir dürfen den Einsatz einer Hochrisikotechnik nicht dulden, die nicht nur unser Wasser und unsere Böden gefährdet, sondern auch den Lebensraum von über 2 Millionen Menschen.

Eine ober- und unterirdische Industrialisierung unserer Region mit nicht absehbaren Folgen für Mensch und Umwelt ist nicht zu verantworten, zumal Förder- und Ertragsraten relativ gering sind. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen (SRU) kommt in seinem Gutachten vom Mai 2013 zu dem Ergebnis: **„Fracking ist energiepolitisch nicht notwendig und kann keinen maßgeblichen Beitrag zur Energiewende leisten.“** Über 22.000 Bürgerinnen und Bürger in OWL haben sich bereits mit ihrer Unterschrift gegen Fracking in der Region ausgesprochen (www.stop-fracking-owl.de).

Karsten Otte, Sprecher der Bezirkskonferenz Naturschutz OWL